

Streitgespräch Heidi Fuchs, Finanzreferentin, Thayngen, und Marcel Montanari, Präsident der Jungfreisinnigen, Thayngen

«Thayngen soll weiterhin attraktiv bleiben»

Am Sonntag, 5. April 2009, gelangt das Thaynger Budget nach einem Referendum der Jungfreisinnigen zur Abstimmung. In einem Streitgespräch legen Heidi Fuchs und Marcel Montanari ihre unterschiedlichen Positionen zu Budget und Steuerfuss dar.

VON HANS-CASPAR RYSER

Herr Montanari, weshalb haben die Jungfreisinnigen das Referendum gegen die Steuererhöhung von drei Prozent ergriffen, nachdem der Einwohnerrat sowie alle übrigen Parteien Eintreten auf Budget und Steuererhöhung beschlossen hatten?

Marcel Montanari: Die beschlossene Steuererhöhung und nicht etwa die Gebührenanpassung war für uns ausschlaggebend, gegen das Budget das Referendum zu ergreifen. Wir sind der Auffassung, dass in Zeiten der Rezession es völlig verfehlt ist, die Steuern zu erhöhen. Wenn Bürger durch höhere Steuern zusätzlich belastet werden, schlägt sich das schnell auf den Konsum und die Aufträge der Firmen nieder. Dies führt letztlich zu einem Stellenabbau – davon sind dann häufig jüngere Arbeitnehmer betroffen. Ein weiterer Grund für das Referendum ist, dass wir die Attraktivität von Thayngen erhalten wollen. Dies gelingt uns nur, wenn wir durch mehr Steuerzahler das Steuersubstrat der Gemeinde erhöhen können. Steuererhöhungen greifen nur kurzfristig zur Verbesserung der Finanzlage, die Erhöhung des Steuersubstrats ist von langfristiger Natur.

Frau Fuchs, liegt die Gemeinde mit der moderaten Steuererhöhung in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession nicht quer in der Landschaft, nachdem der Kanton mit der Steuerreform den Steuerfuss nach unten angepasst hat?
Heidi Fuchs: Grundsätzlich kommt jede Steuerfusserhöhung zum falschen



Heidi Fuchs und Marcel Montanari haben unterschiedliche Meinungen, wie die Gemeindefinanzen langfristig ins Lot gebracht werden können.

Bild Selwyn Hoffmann

Zeitpunkt. Das Budgetreferendum berücksichtigt zu wenig, dass durch die angenommene kantonale Steuerreform der Gemeinde Thayngen Steuerausfälle von sechs Prozent entstehen. Darüber hinaus sind die Steuererträge juristischer Personen während der letzten Jahre um ungefähr drei Millionen Franken zurückgegangen. Aufgrund der Finanzierungsentflechtung von Bund/Kanton und Gemeinden werden immer mehr Kosten auf die Gemeinden abgewälzt. Dagegen profitieren die Steuerzahler von Thayngen dank dieser Steuerreform auch nach einer moderaten Erhöhung des Gemeindesteuerfusses um drei Prozent unter dem Strich immer noch von tieferen Steuern. Hinsichtlich der geplanten Änderung bei der kalten Progression drohen der Gemeinde weitere Steuerrückgänge. Ich bin mir überdies nicht so sicher, ob diese moderate Steuererhöhung für den Wohnortsent-

scheid so ausschlaggebend ist, zumal wir mit einem Steuerfuss von 82 Prozent immer noch als steuerattraktive Gemeinde gelten und über eine gute Infrastruktur sowie eine gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr verfügen. Und dies wollen die Initianten nicht wahrhaben.

Montanari: Da muss ich widersprechen. Wir sind immer dafür eingestanden, dass der Steuerzahler weniger bezahlen muss. Daher haben wir denn auch die Steuerreform begrüsst. Wir sind jedoch dezidiert dagegen, dass durch die Steuerreform ermöglichte Steuervergünstigungen mit einer Erhöhung der kommunalen Steuer geschmälert werden, auch wenn der Steuerzahler unter dem Strich mehr im Portemonnaie hat. Damit lässt sich bestimmt kein neues Steuersubstrat generieren. Wir sollten uns auch nicht an Gemeinden mit schlechterem Steuerfuss messen, im Gegenteil.

Auch die Jungfreisinnigen treten bekanntlich für eine Entschuldung der Gemeindefinanzen ein. Wie soll das bei einer Steuerreduktion geschehen, zumal das Sparpotential bereits stark ausgereizt ist?

Montanari: Unserer Ansicht nach besteht durchaus noch Sparpotential. Wir müssen dort sparen, wo es möglich ist, ohne dass es zu stark schmerzt. Viel wichtiger scheint uns allerdings der langfristige Aspekt. Wir sind klar der Ansicht, dass die angebotenen Dienstleistungen und Infrastrukturen ohne Steuerfusserhöhung erhalten werden können, wenn es uns gelingt, langfristig bedeutende Steuerzahler nach Thayngen zu holen und damit das Steuersubstrat der Gemeinde nachhaltig zu stärken. Das Potential für die angebotenen Leistungen scheint mir noch nicht ausgeschöpft, das heisst, Einrichtungen wie die Gemeindebibliothek könnten noch viel mehr Bewohner nutzen.

Fuchs: Der Einwohnerrat hat mit 13 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung dem Steuerfuss von 82 Prozent und einer moderaten Gebührenanpassung als Kompromiss zugestimmt. Zudem wurden bereits Einsparungen von ungefähr 100 000 Franken erzielt.

Weshalb drohte der Gemeinderat anlässlich der Medienkonferenz vom 10. März damit, bei einer Annahme des Referendums verschiedene Dienstleistungen wie Vereinsbeiträge oder Förderbeiträge für Energiesparmassnahmen zu streichen, dies im Wissen, dass der Souverän es nicht schätzt, wenn er unter Druck gesetzt wird?

Fuchs: Wir wollten auf keinen Fall drohen. Es ging uns lediglich darum, im Rahmen einer transparenten Information verständlich darzulegen, dass bei einer Ablehnung des Budgets nicht nur die grösseren Infrastrukturprojekte, sondern auch die geschätzten Dienstleistungen überprüft werden müssten, um den Gemeindehaushalt längerfristig wieder ins Lot zu bringen. Der Gemeinderat ist denn auch klar der Ansicht, dass diese Dienstleistungen wenn immer möglich aufrechterhalten werden sollten. Hinsichtlich der Vereinsbeiträge mussten wir die Vereine informieren, dass die Beiträge erst nach Annahme des Budgets freigegeben werden können.

Würden die Jungfreisinnigen eine Einschränkung dieser Dienstleistungen und damit ein Sparen auf dem Buckel der Steuerzahler bewusst in Kauf nehmen?

Montanari: Wir begrüssen es natürlich sehr, wenn die Gemeinde im Kleinen zu sparen beginnen will. Wir sind jedoch der Ansicht, dass bei höherem Steuersubstrat die Dienstleistungen auch bei einem Steuerfuss von 79 Prozent nicht reduziert werden müssen. Bei der Mehrheit der Vereine ist die Botschaft der Gemeinde, dass allenfalls bei den Vereinsbeiträgen gespart werden muss, gar nicht gut überkommen. Solche Einsparungen müssten linear im selben Umfang bei allen Budgetposten erfolgen.